

WINDENERGIE

Ausbaufaute im Süden ruft Politik auf den Plan

Der stockende Ausbau der Windkraft in Süddeutschland wird zur Belastung für die Wirtschaft. Eine Neujustierung der Förderung soll Abhilfe schaffen – die laufende EEG-Novelle könnte helfen.

Klaus Stratmann Berlin

Die jüngsten Ausschreibungsergebnisse für Windkraft an Land zeigen ein erhebliches Gefälle zwischen dem Norden und Süden Deutschlands. Ausgeschrieben waren 3.455 Megawatt (MW) Windkraft-Leistung, für die gesamte Leistung fanden sich laut Bundesnetzagentur Abnehmer. Doch gab es in Bayern für lediglich 31 MW einen Zuschlag, in Baden-Württemberg waren es 24 MW. Das macht in der Summe 55 MW – und damit lediglich 1,6 Prozent des Gesamtvolumens. 98,4 Prozent verteilen sich auf den Rest der Republik.

Wirtschaftsakteure im Süden Deutschlands empfinden das schlechte Abschneiden Bayerns und Baden-Württembergs beim Ausbau der Windkraft zunehmend als Bürde. „Die aktuellen Auktionsergebnisse machen deutlich, dass Bayern beim Ausbau der Windkraft weiterhin hinter den Ausbauzielen zurückbleibt“, sagte Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW), dem Handelsblatt.

Windkraft sei „ein zentraler Baustein für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung“. Das Tempo beim Zubau von Windkraftanlagen müsse erheblich beschleunigt werden, es bestehe dringender Handlungsbedarf, sagte der VBW-Hauptgeschäftsführer. Doch ist es nicht der Wille, an dem der stärkere Ausbau scheitert. Beim baden-württembergischen Energiekonzern EnBW etwa heißt es, man unterstütze gute Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie nahe der Verbrauchszentren im Süden. Außerdem spreche man sich für eine „Süd-Quote“ innerhalb der von der Bundesregierung angekündigten Sonderausschreibung von zusätzlichen 12.000 MW Windkraft-Leistung aus.

Vorrangige Standorte oft nicht wirtschaftlich

Doch nach Einschätzung von Fachleuten ist der Süden Deutschlands bei der Windkraft systematisch im Nachteil. So hat das Beratungsunternehmen Caeli Wind auf Basis digitaler Analysen die Eignung von Grundstücken für die Windkraftnutzung ermittelt. Das Unternehmen versteht sich als Online-Marktplatz, der Flächeneigentümer und Projektentwickler auf einer zentralen Plattform zusammenführt.

Das Ergebnis der Untersuchung: Die ganz überwiegende Zahl der sogenannten Vorranggebiete in Bayern und Baden-Württemberg lässt unter den aktuellen Förderbedingungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) keinen kostendeckenden Betrieb von Windrädern zu. Das Resümee von Caeli Wind: Wenn die Förderbedingungen bleiben, wie sie sind, wird der Rückstand Bayerns und Baden-Württembergs wachsen.

Windenergie-Vorranggebiete sind von den zuständigen Landesbehörden festgelegte Flächen, auf denen der Bau von Windrädern ausdrücklich vorgesehen und priorisiert ist. Außerhalb dieser Gebiete soll Windkraft nur eingeschränkt oder gar nicht gebaut werden, damit Konflikte mit Natur, Siedlungen und anderen Nutzungen minimiert werden. „Es ist kein Luxus, auch im Süden Deutschlands sämtliche Potenziale der Windkraft zu nutzen, sondern schiere volkswirtschaftliche Notwendigkeit“, sagte Ben Schlemmermeier, Chef von Caeli Wind, dem Handelsblatt. „Der Strombedarf wird deutschlandweit steigen, insbesondere im Süden. Darum sind wir darauf angewiesen, die zur Verfügung stehenden Flächen auch tatsächlich zu nutzen“, sagte er. „Tun

wir das nicht, wächst das bestehende Ungleichgewicht.“

Der Süden steht für 35 Prozent des Stromverbrauchs, aber nur für 14 Prozent der deutschen Windstromerzeugung“, sagte Schlemmermeier. Die Ausbaulücke in Süddeutschland betrage 20.000 MW. Aktuell sind in ganz Deutschland etwa 68.000 MW Windkraft an Land installiert.

Doch es gibt eine Lösung für das Problem. Da die Windintensität, Fachleute sprechen von Windhöflichkeit, im Süden Deutschlands geringer ist als im Norden, gibt es bei den im EEG festgeschriebenen Förderungen je produzierter Kilowattstunde Strom bereits heute einen „Korrekturfaktor“: Betreiber von Windparks mit schlechter Standortqualität erhalten einen Zuschlag, dessen Höhe sich an der Güte des Standorts bemisst.

Gemeinsame Bundesratsinitiative denkbar

Nach Überzeugung Schlemmermeiers ist der Korrekturfaktor jedoch falsch bemessen: „Aktuell hat der Korrekturfaktor im Ausschreibungswettbewerb des EEG eine diskriminierende Wirkung für den Süden Deutschlands.“ Der Korrekturfaktor müsse für windschwache Standorte angehoben werden.

Außerdem regt Schlemmermeier an, Sonderausschreibungen für den Süden zu beschließen und das jährliche Ausschreibungsziel von 10.000 MW für ganz Deutschland aufzuteilen, und zwar zu 65 Prozent auf den Norden und zu 35 Prozent auf den Süden.

Der Caeli-Chef warnt, es gebe keine Alternative zu einem forcierten Windkraft-Ausbau im Süden. Falls dieser ausbliebe, müsse man den im Süden fehlenden Strom aus dem Norden in den Süden transportieren. Das würde den Bau von neun zusätzlichen „Stromautobahnen“ von Nord nach Süd erforderlich machen: „Das kann niemand ernsthaft wollen, die Akzeptanzprobleme wären immens, die Kosten gigantisch.“

Die Möglichkeit, die Fördersystematik anzupassen, bietet sich im Zuge der laufenden Novellierung des EEG. Der von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) vorgelegte Entwurf soll am Mittwoch kommender Woche vom Bundeskabinett verabschiedet werden.

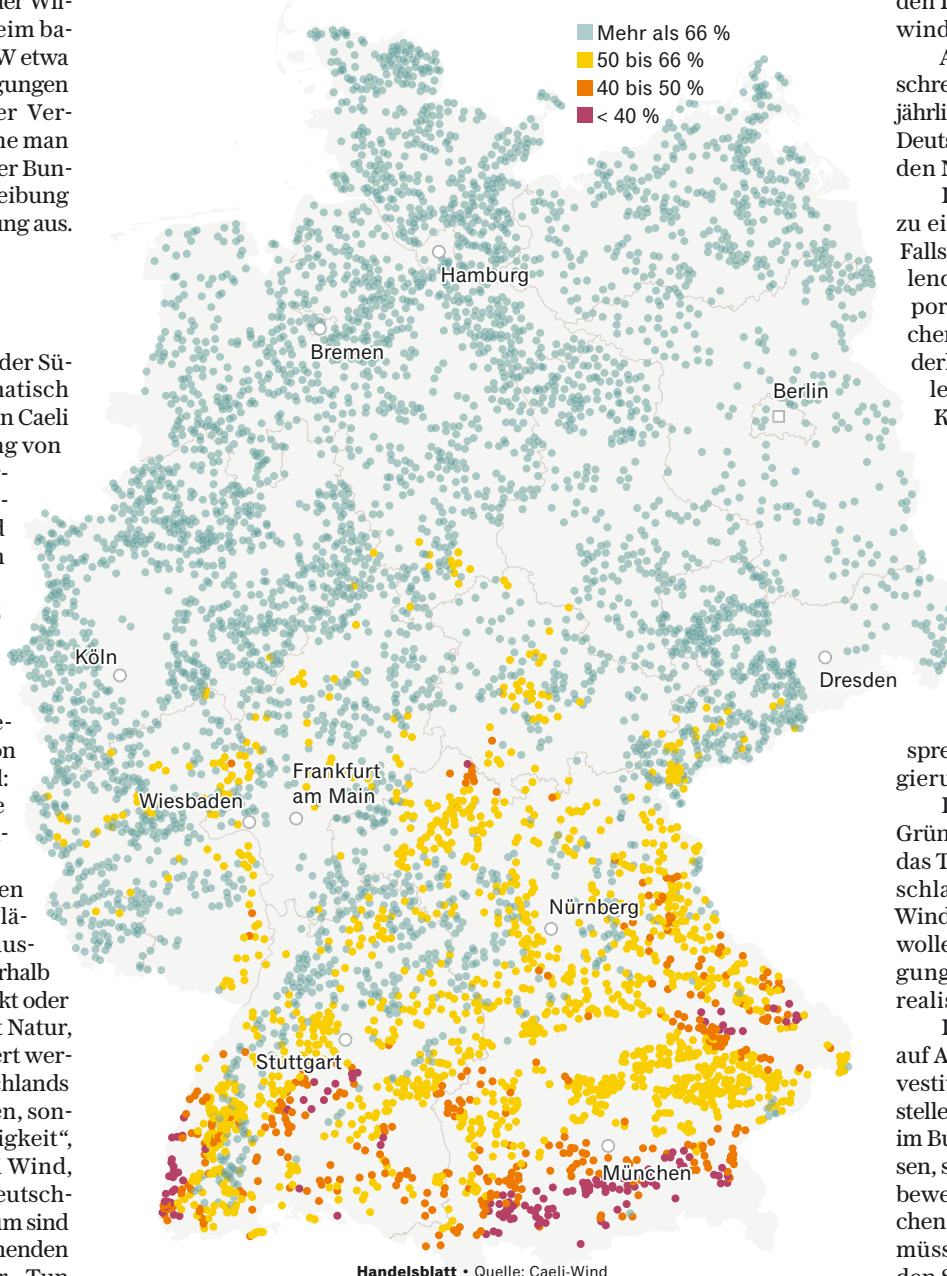
Im weiteren Verfahren könnten Bayern und Baden-Württemberg eine Bundesratsinitiative starten. Nach Informationen des Handelsblattes gibt es auf Arbeitsebene entsprechende Vorgespräche zwischen den Landesregierungen der beiden Länder.

Der kürzlich präsentierte Koalitionsvertrag von Grünen und CDU in Baden-Württemberg adressiert das Thema deutlich: „Unser Ziel ist es, dass das Zuschlagsvolumen bei den Ausschreibungen für die Windkraft in Baden-Württemberg erhöht wird. Wir wollen, dass die bislang genehmigten und genehmigungsfähigen Windkraftanlagen auch tatsächlich realisiert werden“, heißt es darin.

Das bayerische Wirtschaftsministerium teilte auf Anfrage mit, der Bund müsse endlich stabile Investitionsbedingungen für die Windenergie sicherstellen. Da Windstandorte in Bayern in der Regel eine im Bundesvergleich niedrige Windhöflichkeit aufwiesen, seien Instrumente erforderlich, um diesen Wettbewerbsnachteil in den Ausschreibungen auszugleichen. Der Korrekturfaktor müsse steigen, außerdem müsse es ein eigenes Ausschreibungssegment für den Süden geben. ◀

Wind-Flaute schwächt Süddeutschland

Standortgüte von Wind-Vorranggebieten in Deutschland



Handelsblatt • Quelle: Caeli-Wind